

# Neue Wege für Genossenschaften in Deutschland und Europa

von Petra Korts, RA, FA für Steuerrecht, MBA, Partner der Korts Rechtsanwalts-gesellschaft mbH – [www.korts.de](http://www.korts.de) –



Petra Korts, RA,  
FA für Steuerrecht, MBA  
Petra Korts, attorney-at-law,  
certified attorney at tax law, MBA

## New approaches for co-operative societies in Germany and Europe

by Petra Korts, attorney-at-law, certified attorney at tax law, MBA, Partner at Korts Rechtsanwalts-gesellschaft mbH  
– [www.korts.de](http://www.korts.de) –

*The new Co-operative Societies Act (Genossenschaftsgesetz) came into force on 18 August 2006. The reform of this Act was prompted by the Council Regulation on the Statute of the European Co-operative Society (SCE), which also came into force on 18 August 2006 in all EU member states and which was implemented into German law through the SCE implementing statute (SCE-Ausführungsgesetz) and the law on employee involvement in the SCE (SCE-Beteiligungsgesetz)<sup>1)</sup>. This Act provides the statutory framework for a German-type European Co-operative Society and introduces changes to the German co-operative system to an extent not seen for more than thirty years. Part 1 presents the essentials of the modernized German law of co-operative societies, whereas part 2 outlines the legal structure of the German-type European Co-operative Society.*

*Am 18. August 2006 trat das neue Genossenschaftsgesetz in Kraft. Anlass für die Reform dieses Gesetzes war die ebenfalls am 18. August 2006 in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Kraft getretene Verordnung über das Status der Europäischen Genossenschaft SCE, zu deren Umsetzung in deutsches Recht gleichzeitig das SCE-Ausführungsgesetz und das SCE-Beteiligungsgesetz geschaffen wurden<sup>1)</sup>. Dieses Gesetz schafft zum einen die Voraussetzungen für eine Europäische Genossenschaft deutscher Prüfung und enthält die umfangreichste Änderung des deutschen Genossenschaftsrechts seit dreißig Jahren. Teil 1 stellt die wesentlichen Inhalte der Modernisierung des deutschen Genossenschaftsrechts vor, Teil 2 gibt einen Überblick über die Verfassung der Deutsch-Europäischen Genossenschaft.*

### Teil 1: Die Modernisierung des deutschen Genossenschaftsrechts

Ziele des neuen Genossenschaftsgesetzes vom 14. August 2006 sind die Erleichterung der Gründung von Genossenschaften, die Erhöhung der Attraktivität der Rechtsform der Genossenschaft und damit verbunden auch die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Genossenschaften im europäischen Maßstab. Neben lediglich redaktionellen Anpassungen (beispielsweise heißt es statt „Genosse“ nunmehr „Mitglied der Genossenschaft“) sind viele inhaltliche Neuerungen vorgenommen worden, die z.T. nicht zwingend, sondern optional ausgestaltet wurden, um so neue Freiräume bei der Ausgestaltung von Genossenschaften zu ermöglichen. Die wesentlichen Änderungen des neuen Genossenschaftsrechts sollen nachfolgend im Überblick dargestellt werden.

Die Mindestmitgliederzahl wurde von sieben auf drei herabgesetzt, da sich die bis dahin vorgeschriebene Mindestmitgliederzahl in der Praxis oft als Gründungshemmnis erwiesen hat. Insbesondere bei landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften sowie bei Produktivgenossenschaften wurde das Bedürfnis erkannt, die Mindestgründerzahl zu senken und damit der deutschen Genossenschaft gegenüber der Europäischen Genossenschaft, die fünf Gründungsmitglieder vorschreibt, einen Vorteil zu verschaffen.

Der bisherige Förderungszweck der Genossenschaft, nämlich die „Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft“ wurde auf die Förderung von sozialen oder kulturellen Zwecken erweitert. Dies gilt beispielsweise für Schulgenossenschaften, Sportgenossenschaften, Mediengenossenschaften oder die aktuell diskutierten Theater- oder Museumsgenossenschaften. Auch für Wohnungsgenossenschaften bringt diese gesetzliche Erweiterung eine Klarstellung dahingehend, dass neben dem Hauptzweck der Wohnungsver-sorgung nunmehr auch soziale und kulturelle Belange wahrgenommen werden können.

Erleichterung bringt das neue Gesetz auch für den Bereich der Kapitalbeschaffung und der Kapitalerhaltung. Nach dem neuen § 8a GenG kann die Satzung

der Genossenschaft ein Mindestkapital festlegen, welches durch Auszahlung des Auseinandersetzungsguthabens von ausgeschiedenen oder gekündigten Mitgliedern nicht unterschritten und die Auszahlung von solchen Auseinandersetzungsguthaben verweigert werden darf, solange dadurch das Mindestkapital unterschritten würde. Durch die Schaffung eines solchen fakultativen Mindestkapitals soll es denjenigen Genossenschaften, die nach den Internationalen Rechnungslegungsstandards IAS bilanzieren, ermöglichen, die Geschäftsguthaben insoweit mit Hinblick auf IAS 32 weiterhin als Eigenkapital auszuweisen.

Weiterhin kann nach dem neuen § 7a Abs. 3 GenG die Satzung Sacheinlagen als Einzahlungen auf den Geschäftsanteil zulassen. Als Sacheinlagen sind nur Vermögensgegenstände zulässig, deren wirtschaftlicher Wert feststellbar und vom Prüfungsverband zu begutachten ist. Bei Dienstleistungen wird dies in aller Regel nicht der Fall sein.

Des Weiteren ist es durch die Streichung von § 3 Abs. 2 GenG nunmehr möglich, eine bestehende Nachschusspflicht der Mitglieder in der Firma der Genossenschaft bekannt zu geben. Dies war bisher unter Berufung auf eine mögliche Benachteiligung von Genossenschaften, bei denen eine solche Nachschusspflicht nicht vorgesehen ist, verboten.

Der neue § 8 Abs. 2 GenG eröffnet den Genossenschaften die Möglichkeit, sogenannte investierende, also nicht nutzende Mitglieder zuzulassen. Die Zulassung investierender Mitglieder soll zum einen eine Gleichstellung mit der Europäischen Genossenschaft (die ebenfalls investierende Mitglieder erlaubt) erreichen und zum anderen dazu beitragen, Schwierigkeiten zu vermeiden, die sich in der Praxis nicht selten aus dem Grundsatz der Selbstorganschaft bei der Besetzung des Vorstands oder des Aufsichtsrats mit geeigneten Personen ergeben. In jedem Fall muss aber durch die Satzung sichergestellt werden, dass die investierenden Mitglieder die anderen Mitglieder nicht überstimmen und Dreiviertel-Beschlüsse der Generalversammlung durch investierende Mitglieder nicht verhindert werden können.

Kleine Genossenschaften mit 20 oder weniger Mitgliedern können auf die Einrichtung eines Aufsichtsrats verzichten. Die Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats werden in diesem Fall durch die Generalversammlung wahrgenommen.

Hinsichtlich der Übertragung von Genossenschaftsanteilen war es nach der alten Gesetzesfassung (§ 76 GenG a.F.) lediglich möglich, den Anteil insgesamt zu übertragen. Die neue Fassung des § 76 GenG ermöglicht zusätzlich auch die teilweise Übertragung von Geschäftsguthaben (vorbehaltlich einer anderweitigen Satzungsregelung). Damit verbunden ist die Möglichkeit des Mitglieds, die Zahl seiner Geschäftsanteile zu verringern, ohne den u.U. langwierigen Weg der Kündigung gehen zu müssen, was einem berechtigten Anliegen der genossenschaftlichen Praxis entspricht und die bei einer Kündigung durch die Aus-

## Part 1: The modernization of the German co-operative legislation

*The new Co-operative Societies Act of 14 August 2006 aims to facilitate the formation of co-operative societies, to make the legal form of the co-operative society more attractive and at the same time to increase the competitiveness of German co-operative societies on a European scale. Apart from merely editorial revisions (for instance, the term "Genosse" has been replaced by the gender-neutral term "Mitglied der Genossenschaft"), there have also been many changes to the technical content which are partly not mandatory but optional in order to leave room for manoeuvre regarding the organizational structure of co-operative societies. The following is to outline the major changes of the new law of co-operative societies.*

*The minimum number of members was reduced from seven to three members as the hitherto statutory minimum number of members often proved to be an obstacle to the formation of co-operative societies in practice. It was realized that it was necessary to reduce the minimum number of founder members especially with agricultural and industrial co-operatives as well as with producers' co-operatives in order to give German co-operative societies a competitive edge over the European Co-operative Society, which requires five founder members.*

*The object of the co-operative society, namely the "promotion of acquisition and economic interests of its members" was extended to include the promotion of social or cultural interests. This applies, for example, to school co-operatives, sport co-operatives, media co-operatives or the currently discussed theatre or museum co-operatives. This statutory extension provides also clarification for housing co-operatives to the effect that apart from the primary object of the provision of housing, also social and cultural interests can now be looked after.*

*The new Act also facilitates the raising and maintenance of capital. Pursuant to the amended section 8a GenG (Co-operative Societies Act), a minimum capital can be laid down in the by-laws of the co-operative society. The co-operative's capital must not fall below the minimum capital requirements by the payment of the credit balance of retiring or dismissed members in case of partition. If the payment of such credit balance in case of partition meant that the minimum capital requirements would not be met, payment can be denied. The introduction of such an optional minimum capital is to enable those co-operative societies that prepare their balance sheets according to the International Accounting Standards (IAS) to still show the membership shares on the books as equity capital regarding IAS 32.*

*Furthermore, the by-laws can permit contributions in kind as payments on shares in accordance with the amended section 7a, subsection 3 GenG. Only assets may qualify as contributions in kind whose economic value can be established and assessed by the auditing association. This won't usually be the case with services.*

*Moreover, due to the deletion of section 3, subsection 2 GenG it is now possible to point out any member's obligation to make further contributions. This has been prohibited so far with reference to potential discrimination against co-operatives that do not provide for such an obligation to make further contributions.*

*Under the amended section 8, subsection 2 GenG, also non-user investor members can be admitted to co-operative societies. On the one hand, the admission of investor members is a further step towards harmonization and equalization with the European Co-operative Society (which also permits investor members); on the other hand, it is to help avoid problems that often arise in practice with the appointment of suitable persons to the management board or supervisory board due to the principle of "Selbstorganshaft", which means that the affairs of the co-operative are managed by the members themselves. In any case, however, the by-laws must ensure that the investor members cannot outvote the*

*other members and that resolutions of the co-operative's general meeting passed by three-quarter majority cannot be prevented by investor members.*

*Small co-operatives with up to 20 members can do without a supervisory board. In this case, the general meeting of the co-operative will exercise the rights and perform the obligations of the supervisory board.*

*Under the old version of section 76 GenG, it was only possible to transfer the shares in a co-operative as a whole. The amended version of section 76 GenG also permits the partial transfer of membership shares (unless otherwise stipulated in the by-laws). In this way, members can reduce the number of their shares without having to quit the co-operative, which is a legitimate concern of co-operatives and which avoids a decrease in the co-operative capital caused by the payment of shares of a departing member. Partial transfer is not possible with statutory or agreed upon qualifying shares or if the subscription to qualifying shares is a prerequisite for a service made use of by the member. The transfer to a non-member requires the latter to meet the statutory membership requirements and become a member of the co-operative.*

*Small co-operatives with a balance sheet total of up to 1 million euros or with sales totalling up to 2 million euros are not subject to the obligatory annual audit. This new regulation serves to make it easier for small businesses to become co-operatives by relieving such businesses of the costs incurred for the obligatory audit which are relatively high for co-operatives compared with other legal forms in accordance with section 53, subsection 1 and 2 GenG.*

*Finally, some provisions on the corporate governance of co-operative societies were introduced, following relevant provisions in stock corporation law. These include, for example, the strengthening of the supervisory board's position by embodying the right of every member of the supervisory board to demand information from the management board pursuant to section 38, subsection 1, sentence 4 GenG, as well as the strengthening of auditor independence. The latter aim is sought to be achieved by the amended version of section 55, subsection 2 GenG by excluding apart from members of the co-operative society, employees, members of the management board and of the supervisory board also the following persons from the audit of the co-operative in future:*

- legal representatives of the association or persons employed by the association who may affect the result of the audit if there are reasons, especially business, financial or personal relationships, to doubt the impartiality of these persons;
- persons who were involved in the accounting or in the drawing up of the annual accounts to be audited;
- persons who were involved in the internal auditing in a position of authority;
- persons who have rendered management or financial services;
- persons who have rendered independent actuarial or valuation services that do not have an inconsiderable effect on the annual accounts to be audited.
- Persons whose spouses or partners meet one of the aforementioned exclusion criteria will also be excluded.

*Under the amended section 46, subsection 1, sentence 3 GenG, the information supply for members is to be improved by publishing the agenda of a representatives' meeting upon its convening in the co-operative newspaper, on the co-operative's home page or by immediately notifying all members in writing. The amended section 43, subsection 7 GenG provides for the possibility of electronic voting in the general meeting as well as virtual general meetings on the Internet – if permitted by the by-laws.*

zahlung eintretende Minderung des Genossenschaftskapitals vermeidet. Ausgeschlossen ist die Teilübertragung bei satzung- oder vereinbarungsmäßigen Pflichtanteilen des Mitglieds oder soweit die Pflichtbeteiligung Voraussetzung für eine vom Mitglied in Anspruch genommene Förderleistung ist. Die Übertragung auf ein Nichtmitglied setzt voraus, dass dieses die satzungsmäßigen Mitgliedschaftsvoraussetzungen erfüllt und der Genossenschaft beiträgt.

Kleinere Genossenschaften, d.h. Genossenschaften mit einer Bilanzsumme von bis zu 1 Mio. EUR oder mit Umsatzerlösen von bis zu 2 Mio. EUR sind von der Pflicht zur Prüfung des Jahresabschlusses befreit. Diese Neuregelung dient dazu, den Zugang zur Rechtsform der Genossenschaft für Kleinunternehmen zu erleichtern, indem für solche Unternehmen die vor allem im Vergleich zu anderen Rechtsformen höheren Kosten der Prüfungspflichten des § 53 Abs. 1 und 2 GenG beseitigt werden.

Schließlich wurden in Anlehnung an entsprechende Vorschriften im Aktienrecht einige Corporate Governance – Regelungen für Genossenschaften eingeführt. Hierzu zählen die Stärkung der Position des Aufsichtsrats durch Verankerung des Rechts jedes einzelnen Aufsichtsratsmitglieds, vom Vorstand Auskünfte (an den Aufsichtsrat) zu verlangen, § 38 Abs. 1 Satz 4 GenG, sowie die Stärkung der Unabhängigkeit der Abschlussprüfung. Letzteres wird durch den neu gefassten § 55 Abs. 2 GenG angestrebt, indem neben Genossenschaftsmitgliedern, Angestellten, Vorständen und Aufsichtsräten auch folgende Personen zukünftig von der Prüfung der Genossenschaft ausgeschlossen sind:

- gesetzliche Vertreter des Verbandes oder vom Verband beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, wenn Gründe, insbesondere Beziehungen geschäftlicher, finanzieller oder persönlicher Art vorliegen, nach denen die Besorgnis der Befangenheit besteht,
- Personen, die bei der Führung der Bücher oder der Aufstellung des zu prüfenden Jahresabschlusses mitgewirkt haben;
- Personen, die bei der Durchführung der internen Revision in verantwortlicher Position mitgewirkt haben;
- Personen, die Unternehmensleitungs- oder Finanzdienstleistungen erbracht haben;
- Personen, die eigenständige versicherungsmathematische oder Bewertungsleistungen erbracht haben, die sich auf den zu prüfenden Jahresabschluss nicht nur unwesentlich auswirken;
- Ausgeschlossen sind auch Personen, deren Ehegatten oder Lebenspartner einen der Ausschlussgründe erfüllen.

Eine Verbesserung der Informationsversorgung der Mitglieder soll durch den neuen § 46 Abs. 1 Satz 3 GenG erreicht werden, indem die Tagesordnung einer Vertreterversammlung bei Einberufung in den Genossenschaftsblättern, auf der Homepage der Genossenschaft oder durch unmittelbare schriftliche Benachrichtigung aller Mitglieder erfolgen muss. Der neue § 43 Abs. 7 GenG statuiert die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe in der Generalversammlung sowie die Durchführung von virtuellen Generalversammlungen im Internet – wenn die Satzung dies zulässt.

<sup>1)</sup> Gesetz zur Einführung der Europäischen Genossenschaft und zur Änderung des Genossenschaftsrechts vom 14. August 2006, BGBl. I 2006, S. 1911 ff.

<sup>1)</sup> Law on the introduction of the European Co-operative Society and on changes to the law of co-operative societies (Gesetz zur Einführung der Europäischen Genossenschaft und zur Änderung des Genossenschaftsrechts) as of 14 August 2006, BGBl. (Federal Law Gazette) I 2006, pp. 1911